

## Zürich

# Jüdisches Online-Treffen mit Hitler- und Porno-Bildern attackiert

**Zoom-Bombing** Vermummte Aktivisten haben ein Online-Treffen der Jüdischen Liberalen Gemeinde gestört. Ob es sich um Antisemitismus handelte, ist unklar.

Patrick Gut

Eine Online-Veranstaltung der Jüdischen Liberalen Gemeinde (JLG) Zürich ist am Sonntag durch eine Zoom-Bombing-Aktion gestört worden, wie die jüdische Online-Wochenzeitung «Tachles» am Montag schrieb.

Die Veranstaltung über die spätmittelalterlichen Wandmalereien einer jüdischen Familie (siehe Kasten) musste abgebrochen werden. Es handelte sich um den Auftakt zu einer ganzen Reihe, die bis in den Frühsommer andauern soll. Der Link zum Zoom-Treffen war auf der Website der JLG aufgeschaltet und öffentlich zugänglich.

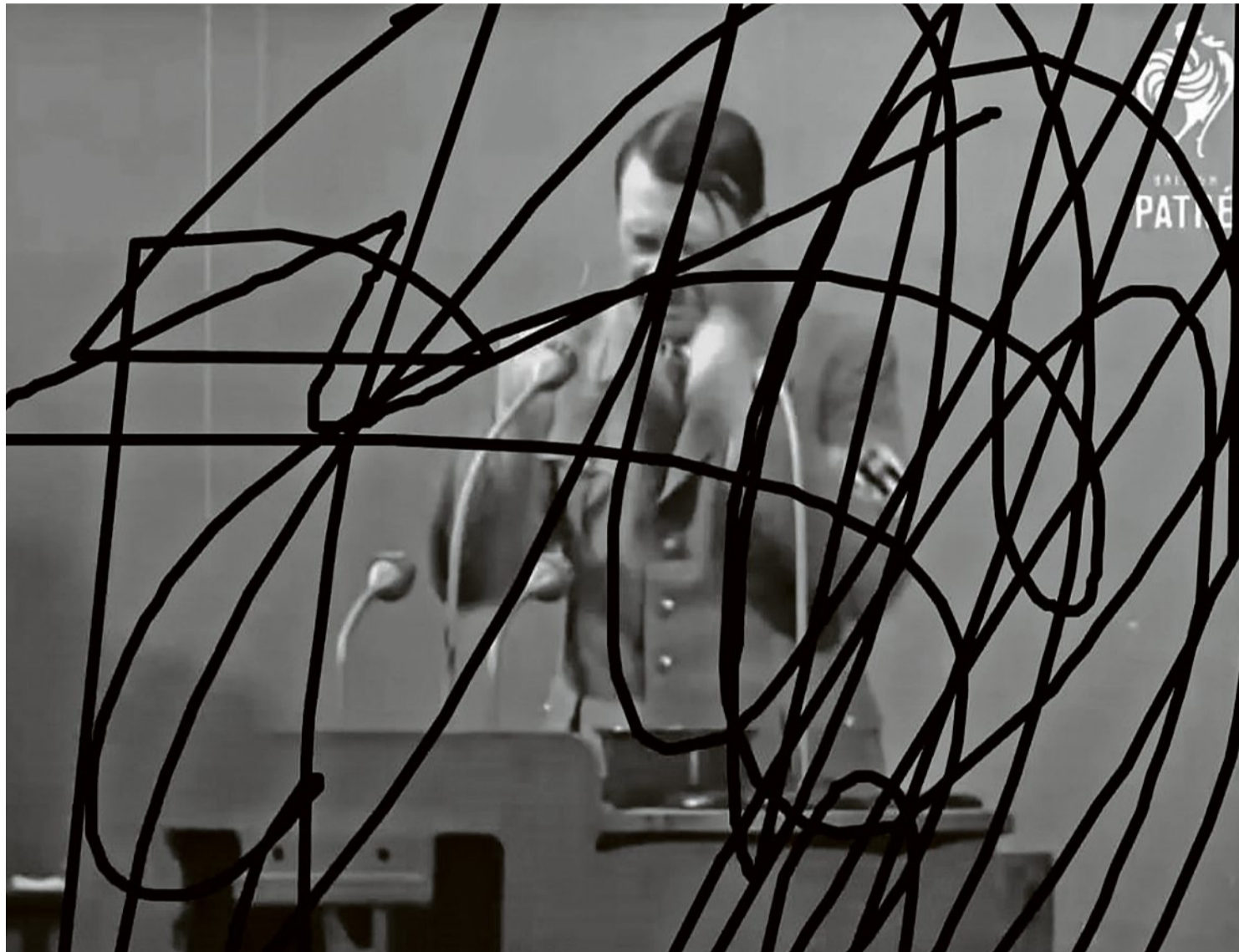
Unter die Teilnehmenden hatten sich zunächst ein paar wenige, dann immer mehr vermummte, mutmasslich antisemitische Aktivisten gemischt. Zuerst habe sie bloss einen ungewöhnlichen Lärm wahrgenommen, sagt Brigitta Rotach, die bei der JLG die Kommission Kultur leitet. «Ich sagte dann noch, die Betreffenden sollten bitte ihr Mikrofon auf stumm schalten.»

Dann hätten die virtuellen Eindringlinge den Bildschirm geteilt und obszöne Skizzen, pornografische Szenen und eine Fotografie von Hitler gezeigt. Sie habe versucht, die Störenfriede aus dem Zoom-Treffen auszuschliessen. Erfolglos. Schliesslich musste man den Anlass nach wenigen Minuten abbrechen.

## Sicherheitsmassnahmen werden aktiviert

«Mit einer solchen Aktion hatten wir nicht gerechnet», sagt Rotach. Deshalb habe man auf spezielle Sicherheitsmassnahmen wie Anmeldung, Warteraum und anderes mehr verzichtet. Im Hinblick auf die Fortsetzung der Vortragsreihe werde man dies nun nachholen. «Das ist bedauerlich, weil es eventuell schwieriger wird, spontan an einer Veranstaltung teilzunehmen», sagt Rotach.

Keinesfalls werde man aufgrund der Störaktion auf die



Vermummte Aktivisten kaperten am Sonntag eine Online-Veranstaltung der Jüdischen Liberalen Gemeinde (JLG) und projizierten unter anderem ein Bild von Hitler. Screenshot

## «Jüdische Menschen sind dem Antisemitismus zunehmend auch online ausgesetzt.»

**Dina Wyler**  
Geschäftsleiterin der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA)

Fortsetzung der Reihe verzichten. Zu gross sei das Interesse an den Zoom-Treffen. Es hätten sich auch Leute aus dem Ausland und ausserhalb der verschiedenen jüdischen Gemeinden für das Thema interessiert.

Ein bezifferbarer Schaden sei durch die Störaktion nicht entstanden. Die JLG werde aber Anzeige erstatten wegen des Verbreitens von Antisemitismus und Rassismus. Von den Störenfriedern habe man während der illegalen Aktion Fotos ab Bildschirm gemacht.

Dina Wyler, die Geschäftsleiterin der Zürcher Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), kann nicht beurteilen, ob das Motiv hinter diesem Zoom-Bombing tatsächlich Antisemitismus ist. Das Phänomen habe aber – auch im Zusammenhang mit der Corona-Krise – zugenommen. Und Tatsache ist laut Wyler, dass bei solchen Aktionen immer wieder antisemitische Bilder geteilt werden.

«Jüdische Menschen sind nicht nur im echten Leben von Antisemitismus betroffen, sie

sind ihm auch zunehmend online ausgesetzt», sagt Wyler. Das habe auch eine Studie gezeigt, welche die Stiftung im letzten Jahr zusammen mit der ZHAW gemacht habe. Mehr als 50 Prozent der Befragten hätten gesagt, dass sie online schon mit Antisemitismus konfrontiert worden seien.

## «Bestimmt kein harmloser Bubenstreich»

In der Schweiz seien physische Attacken auf jüdische Mitmenschen glücklicherweise sehr sel-

## Ein jüdischer Festsaal

Als das Haus Zum Brunnenhof an der Brunnengasse 8 in der Zürcher Altstadt im Frühling 1996 renoviert wurde, kamen hinter dem Täfer Wandmalereien zum Vorschein. Wie sich herausstellte, handelte es sich um Teile eines ehemaligen Festsales mit Fragmenten von Fresken. Zu sehen sind mehr als 80 Adelswappen, aber auch eine Tanzszene, eine Szene mit einem Falkner und eine Schützenszene. Dass die Wappen hebräisch beschriftet waren, gab den Archäologen Rätsel auf. Schliesslich stellte sich heraus, dass das Haus mit dem 75 Quadratmeter grossen Festsaal in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der jüdischen Familie ben Menachem gehört hatte. Juden hatte man in jener Zeit gezwungen, im Geldverleih tätig zu sein. Den Christen war dieses Geschäft aus religiösen Gründen verboten. Die ben Menachems gaben die Wandmalereien um 1330 in Auftrag. Diese geben heute einen einzigartigen Einblick in einen profanen jüdischen Wohnraum im Mittelalter. 1348/49 wurden die Juden europaweit als Verursacher der Pestepidemie beschuldigt und verfolgt. In Zürich fand das Pogrom am 24. Februar 1349 statt. Die jüdischen Männer wurden verbrannt, Frauen und Kinder aus der Stadt verbannt. Das Haus der Familie ben Menachem verkaufte man an den Johanniterorden. (pag)

ten, sagt Wyler. «Für die Betroffenen ist eine solche Online-Aktion aber ebenfalls unangenehm, weil quasi in ihren privaten Raum eingedrungen wird», sagt Wyler.

Unabhängig von der Motivation sei der Vorfall vom Sonntag nicht zu verharmlosen. «Das war bestimmt kein harmloser Bubenstreich», sagt Wyler. «Die Leute haben die Störaktion systematisch vorbereitet und sich verabredet.» Die Stiftung GRA begrüss, dass gegen die Aktion Anzeige erstattet wird.

## Zürcher Stimmvolk entscheidet über Prämienverbilligung

**CVP-Initiative abgelehnt** Eine Mehrheit im Kantonsrat aus SVP, FDP und GLP ist gegen die Volksinitiative für mehr Krankenkassen-Prämienverbilligung.

In kaum einem Land bezahlen die Privathaushalte einen derart grossen Teil der Gesundheitskosten wie in der Schweiz. Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) verwies gestern im Kantonsrat auf eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), wonach von den 37 OECD-Staaten die Leute lediglich in Südkorea, den USA und Mexiko mehr aus der eigenen Tasche für ihre Gesundheit bezahlen.

Bei Personen mit niedrigen Einkommen fressen die Krankenkassenprämien fast ein Viertel des Lohns weg, sagte Esther Straub (SP, Zürich). Und fügte an: «Das ist skandalös.»

Die SP fordert deshalb mit einer nationalen Volksinitiative, dass die Krankenkassenprämien höchstens 10 Prozent des Einkommens ausmachen dürfen. Und die CVP verlangt im Kanton Zürich mit der Initiative «Raus aus der Prämienfalle», dass der Kanton seinen Beitrag an die Prämienverbilligung auf mindestens 100 Prozent des Bundesbeitrags erhöht. Im Parlament scheiterte sie: Der Kantonsrat hat die CVP-Initiative gestern mit den Stimmen der GLP, der FDP und der SVP abgelehnt.

Sie würde eine frühere Sparmassnahme korrigieren. Damals senkte der Kanton seinen Prämienverbilligungsanteil auf

80 Prozent des Bundesbeitrags. Wegen eines Bundesgerichts-urteils hob der Kanton später seinen Beitrag wieder an und zahlt aktuell 92 Prozent des Bundesanteils in den Topf für die Prämienverbilligung.

## Kostenwachstum bremsen

Der Topf beinhaltet für den beitragsberechtigten Teil der Zürcher Bevölkerung jährlich rund eine Milliarde Franken. Im Jahr 2020 steuerte der Kanton 463,3 Millionen bei, wie Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) sagte. Um mit dem Bundesanteil wie von den Initianten gefordert gleichzuziehen, bräuchte es pro Jahr nochmals 16 Millionen mehr.

Der Regierungsrat lehnte dies ab. Begründung: So liesse sich das Kostenwachstum im Gesundheitswesen nicht bremsen. Die Kantonsratsmehrheit folgte nun der Regierung. Statt nach dem Giesskannenprinzip Geld zu verteilen, sollte besser die überregionale Zusammenarbeit verstärkt und bürokratische Leerläufe abgebaut werden, sagte Bettina Balmer (FDP, Zürich). Mit der anstehenden Revision des Spitalplanungsgesetzes könne der Kanton darauf abzielen.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa) plädierte dafür, bei den Beiträgen für ambulante Behandlungen anzusetzen, um das kostensenkende Prinzip «Ambu-

lant vor stationär» zu fördern. Lorenz Habicher (SVP, Zürich) nannte die CVP-Initiative ein Wahlkampfinstrument, das nun nicht mehr nötig sei. Schliesslich seien die Wahlen vorbei, und der Regierungsrat habe den Kantonsbeitrag bereits erhöht.

## Stärker gestiegen als Löhne

Anders sahen es Vertreter von CVP, EVP, SP, Grünen und AL. «Die Krankenkassenprämien steigen bei niedrigen Einkommen überproportional an», begründete Mark Wisskirchen (EVP, Kloten) das Ja seiner Partei zur Initiative. Das Bundesgericht habe bestätigt, dass Jugendliche und Kinder bis in den

Mittelstand Anrecht auf Prämienverbilligung hätten, gab Kaspar Bütikofer zu bedenken. Und: Die Krankenkassenprämien seien in den letzten Jahren dreimal so stark gestiegen wie die Löhne.

«Die Leute gehen nicht mehr zum Arzt, aus Angst vor der Rechnung», sagte Thomas Marthaler (SP, Zürich). Er zeigte sich überzeugt, dass das kantonale Stimmvolk der Initiative zustimmen werde. Die Volksabstimmung dürfte entweder am 13. Juni oder am 26. September stattfinden; den Termin legt die Regierung noch fest.

Matthias Scharrer